

Zweiter Bildungsweg auch für Geflüchtete – die doppelte Chance

Wirksam, aber bislang kaum beachtet: Viele junge erwachsene Geflüchtete können auf dem „Zweiten Bildungsweg“ (ZBW) die Chance der Integration durch Bildung erhalten; die Einrichtungen der Erwachsenenbildung können damit erneut zeigen, dass sie benachteiligte Gruppen erfolgreich fördern.

Wie können junge erwachsene Geflüchtete – nach der Schulpflicht – Bildungschancen wahrnehmen und qualifizierte Bildungspatente erwerben? Die Bildungspolitik hat hier bislang folgende Lösungsangebote:

- Bereitstellung beruflicher Integrationsangebote (vgl. beispielsweise „Wege in Ausbildung für Flüchtlinge“ im Infoblatt Berufsbildung der GEW März 2016)
- Hochschulzugang für Studienberechtigte ohne Berechtigungsnachweis (vgl. den entsprechenden [Beschluss der Kultusministerkonferenz vom 03.12.2015](#)).

Eine weitere ebenso wichtige wie wirksame Lösung wurde bislang von der Politik kaum beachtet:

- **Zweiter Bildungsweg für junge Erwachsene zum Erwerb eines Schulabschlusses**

Insbesondere vor dem Hintergrund der Tatsache, dass viele junge Erwachsene nicht über Bildungsabschlüsse – von der Hauptschulreife bis zum Abitur – verfügen, ist eine reine Anpassungsfortbildung nicht geeignet, hier korrigierend zu wirken. Der seit Jahrzehnten bewährte Zweite Bildungsweg vermittelt all diese Abschlüsse – zum Teil auch mit Vorkursen – mit allgemein bildenden Inhalten. Und dies geschieht u.a. in Volkshochschulen oder Schulen des ZBW, die verschiedene Bildungsgänge und damit auch mehrere Bildungspatente unter einem Dach anbieten. In vielen Bereichen sind diese Bildungsgänge mit der Berechtigung zum BAföG-Bezug ausgestattet.

Mit Wirkung ab Januar 2016 wurde die Wartezeit für den BAföG-Bezug für Geflüchtete von 4 Jahren auf 15 Monate ver-

kürzt. Es ist davon auszugehen, dass Geflüchtete, die sich bereits 15 Monate in Deutschland aufhalten, noch längere Zeit bleiben werden. Eine Studienfinanzierung durch BAföG an den Schulabschlusskursen ermöglicht es den Geflüchteten sich weiter zu qualifizieren und sinnvolle Perspektiven zu entwickeln. Die Bundesfachgruppe Erwachsenenbildung begrüßt diese Verkürzung der Wartezeit auf 15 Monate und hält eine weitere Verkürzung für sinnvoll, um die Integrations- und Bildungschancen der Geflüchteten zu erhöhen.

Urlaubsentgelt für „arbeitnehmerähnliche“ Kursleiter/innen

Mit Unterstützung der GEW hat eine größere Anzahl von Kursleitern/innen an der Hamburger Volkshochschule (VHS) bezahlten Urlaub beantragt. Ersten Kursleiter/innen wurde nun bescheinigt, dass sie für das Jahr 2015 7,7 % ihrer Bruttojahreseinnahmen als Urlaubsentgelt zusätzlich erhalten.

Nach Schätzungen der GEW Hamburg sind mindestens 100 „freiberufliche“ Kursleiter/innen der Hamburger Volkshochschule sogenannte „arbeitnehmerähnliche“ Personen. Diese haben u.a. ein Recht auf bezahlten Urlaub. Weitere Informationen finden Sie [hier](#).

Grundsätzliche Voraussetzung für den Urlaubsanspruch einer Honorarkraft ist ihre Anerkennung als arbeitnehmerähnliche Beschäftigte. Informationen über die Höhe des Urlaubsanspruches, über die Frage, bis wann dieser Erholungsurlaub genommen werden muss und wie viel Geld den Honorarkräften zusteht, falls ihr Urlaubsanspruch ausgezahlt werden soll, finden Sie [hier](#).



GEW Hauptvorstand

**GEW Hauptvorstand
Organisationsbereich
Berufliche Bildung
und Weiterbildung**

Reifenberger Str. 21
60489 Frankfurt a. M.

Verantwortlich:

Leiter
Ansgar Klingler
069/78973-325
ansgar.klingler@gew.de

Referent
Arnfried Gläser
069/78973-319
arnfried.glaeser@gew.de

Fax:
069/78973-103
Internet: www.gew.de
Facebook: facebook.com/
GEW.DieBildungsgewerkschaft
Twitter:
twitter.com/gew_bund

**Vorstandsteam
Bundesfachgruppenausschuss
Erwachsenenbildung**

Wilfried Rehfeld
02571/2587
dialog@muenster.net

Ursula Martens-Berkenbrink
0531/ 893957
martens-b@t-online.de

Politische Bildung und Flüchtlingsintegration

Insbesondere die politische Bildung hat das Ziel, systematische Kenntnisse über das demokratische System und das Zusammenleben in der demokratischen Gesellschaft zu vermitteln sowie Teilhabemöglichkeiten vorzustellen und zu erproben. Dabei werden die Zielgruppen der Politischen Bildung nicht auf Einwandernde begrenzt.

Hinsichtlich der Bildungszugänge und -teilhabe von Geflüchteten fordert die GEW die Vermittlung grundlegender Kompetenzen für gesellschaftliche Teilhabe und ein selbstbestimmtes Leben. Integration in eine neue politische, kulturelle, soziale und ökonomische Lebenswirklichkeit benötigt ein Bündel von Wissen und Kompetenzen. Dazu gehören: Sprachkompetenz, Orientierungswissen, Sachkenntnisse, wirtschaftliches Wissen und kulturelle sowie politische Reflexionen des persönlichen und gesellschaftlichen Lebens.

Weiterbildung vermittelt diese Kenntnisse in der Gleichstellungs- und Familienbildung, in der kulturellen Bildung, in der Gesundheitsbildung und der ökologischen sowie ökonomischen Bildung, der politischen Bildung, der wissenschaftlichen und beruflichen Bildung.

„Demokratie ist die einzige Politikform, die erlernt werden muss“ (Oskar Negt). Deshalb ist die Sicherstellung des Demokratielernens ein lebensbegleitender Entwicklungsprozess – verstärkt durch die besonderen Anforderungen in der Migrationsgesellschaft.

Wer in Deutschland lebt, hat das Recht zur demokratischen Mitgestaltung. Dazu sind vielfältige Kompetenzen notwendig. Politische Bildung vermittelt diese.

Zuwanderer haben vielfach in ihrer persönlichen und politischen Sozialisation geringe Erfahrungen mit den Grundlagen demokratischer Gesellschaften und kennen die Hintergründe, Strukturen und Interessen bei der demokratischen Willensbildung nicht oder nur unzureichend.

Integration setzt aber die Reflexion der persönlichen Sozialisation und die Bereit-

schaft zur Übernahme neuer Erfahrungen und gesellschaftlicher Anforderungen voraus, um im sozialen Zusammenleben Handlungsbezüge und Handlungsorientierung entstehen zu lassen. Dabei sind die Erkenntnisse der Sozialisationsforschung aufzunehmen, die auf den Zeitfaktor beim Erlernen und zur Verankerung neuer Werte, Normen und Verhaltensweisen aufmerksam machen.

Es muss deutlich werden, welche Vereinbarungen in einer Einwanderungsgesellschaft verhandelbar, nicht verhandelbar oder neu zu entwickeln sind.

Politische Bildung kann hier begleiten und moderieren. Sie benötigt dafür dauerhafte Strukturen, Planungssicherheit und weniger kurzfristige Projekte.

Interkulturelle Kompetenz ist dabei keine Einbahnstraße. Sie fordert von allen Menschen Klarheit über die Werte und Erwartungen einer Gesellschaft, Wissen über Mitwirkungsmöglichkeiten, Qualifikationen zur Selbstorganisation und die Bereitschaft zu lebensbegleitendem Lernen. Mit der Entwicklung der Migration, die mit der aktuellen Einwanderung nicht beendet sein wird, sind Anforderungen an alle Bevölkerungsgruppen verbunden. Um auf diese Anforderungen reagieren zu können, müssen Bildungs- und Beratungsangebote, vermittelt und begleitet durch qualifiziertes und sozial abgesichertes Personal, zur Verfügung stehen. Voraussetzung dazu sind ausreichende zusätzliche Ressourcen.

Leipziger Erklärung

Die GEW unterstützt die Leipziger Erklärung der Institute und Abteilungen für Deutsch als Fremd- und Zweitsprache in Deutschland zur sogenannten „Flüchtlingskrise“.

Die „Leipziger Erklärung“ will in Politik und Öffentlichkeit für bessere Rahmenbedingungen für Lehrkräfte sowie für einen Ausbau der sprachlichen Integration werben.

Weitere Informationen finden Sie [hier](#).



GEW Hauptvorstand

**GEW Hauptvorstand
Organisationsbereich
Berufliche Bildung
und Weiterbildung**

Reifenberger Str. 21
60489 Frankfurt a. M.

Verantwortlich:

Leiter
Ansgar Klinger
069/78973-325
ansgar.klinger@gew.de

Referent
Arnfried Gläser
069/78973-319
arnfried.glaeser@gew.de

Fax: 069/78973-103
Internet: www.gew.de
Facebook: [facebook.com/GEW.DieBildungsgewerkschaft](https://www.facebook.com/GEW.DieBildungsgewerkschaft)
Twitter: twitter.com/gew_bund

**Vorstandsteam
Bundesfachgruppenausschuss
Erwachsenenbildung**

Wilfried Rehfeld
02571/2587
dialog@muenster.net

Ursula Martens-Berkenbrink
0531/ 893957
martens-b@t-online.de